

Thema: PHH Rechtsanwälte**PHH**
RECHTSANWÄLTE**Autor:** Gudrun Springer

Junge haben Angst vor dem Klimawandel

Wien – Der Klimawandel bereitet jungen Menschen in Österreich große Sorgen, das zeigt eine Befragung von Market im Auftrag der Allianz. Rund der Hälfte der 800 Befragten macht der Klimawandel Angst, ein Drittel verspürt Wut. Als größter Schuldiger wird die Industrie ausgemacht. Die Studie zeigt auch, dass die 14- bis 24-Jährigen weniger optimistisch in die Zukunft blicken als noch vor wenigen Jahren.

Für die Politik drängt in Sachen Klimaschutz die Zeit. Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG), mit dem ein neues, auf mehr Wettbewerb basierendes Förderregime für Windkraft- und Solaranlagen auf den Weg gebracht werden soll, muss spätestens am 9. Juli im Parlament eine Zweidrittelmehrheit finden, sonst wird es nichts mehr damit vor dem Sommer.

Das Europaparlament hat am Donnerstag für eine Erhöhung des EU-weiten Klimaziels gestimmt. Die Treibhausgase sollen im Vergleich zu 1990 um mindestens 55 Prozent gesenkt werden. Während Neos, ÖVP und SPÖ das Ergebnis positiv beurteilten, kam vonseiten der Grünen Kritik: Durch „Rechentricks“ entspreche das Ziel unterm Strich gerade einmal einem Minus von 52,8 Prozent. (red) **Seiten 7 und 20**

Kommentar Seite 32

Thema: PHH Rechtsanwälte

Autor: Gudrun Springer

Junge sind voller Zukunftsängste

Junge Menschen sind weniger optimistisch als vor ein paar Jahren, besonders Frauen plagen Zukunftsängste. Das ergab eine Market-Befragung der 14- bis 24-Jährigen in Österreich. Die Angst vor dem Klimawandel ist sehr präsent.

Gudrun Springer

Das Lebensgefühl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen leidet. Die 14- bis 24-Jährigen, die vermeintlich „jungen Wilden“, wie Stefan Anzinger vom Markt- und Meinungsforschungsinstitut Market sie nennt, sind zunehmend unsicher, gestresst und immer weniger optimistisch. Das zeigt eine Online-Befragung, die Market im Auftrag der Allianz-Versicherung im Mai in Österreich durchgeführt hat. Andere Erhebungen passen in dieses Bild. Deshalb warnt Anzinger: „Wenn die Jungen im Kern gehemmt sind, kann man sich ausrechnen, wo wir hinkommen, wenn dieser Motor, diese Antriebskraft fehlt.“

Bei einer vorangegangenen Studie im Jahr 2017 hatten noch gut zwei Drittel der Befragten angegeben, mit dem Leben zufrieden zu sein. Bei den 800 Befragten im Alter von 14 bis 24 Jahren zeigte sich, dass der Wert auf 57 Prozent gesunken ist. Besonders drastisch sackte er bei Frauen ab: von 69 auf 49 Prozent.

Jede zweite junge Frau fürchtet sich vor der Zukunft, bei den Männern jeder Vierte. Im Schnitt bereitet jeder und jedem Dritten die Zukunft Sorgen, vor wenigen Jahren war es noch ein Viertel gewesen.

Pandemie verstärkte Trend

„Wir müssen alles daran setzen, jungen Menschen ihr positives Lebensgefühl zurückzugeben“, schlussfolgert Rémi Vrignaud, CEO von Allianz Österreich. Die Corona-Krise habe die Entwicklungen verstärkt, aber der Blick auf Erhebungen von 2011 und 2017 zeige, dass sie schon vorher da waren.

Was kann den jungen Menschen Sicherheit geben? Die wichtigsten Faktoren sind ein sicherer Arbeitsplatz, die Familie sowie Freunde – alle drei sind für acht von zehn Befragten von großer Bedeutung für ihr Sicherheitsgefühl, gefolgt von einer guten Ausbildung.

Rund vier von zehn Personen gaben an, keine Gesundheitsprobleme

zu haben, ein Viertel leidet allerdings unter psychischen Beschwerden. Müdigkeit und Stress sind dabei häufig genannte Symptome.

Als Bedrohung wird vor allem der Klimawandel wahrgenommen (von 45 Prozent). Dahinter liegen Themen wie die politische Weltlage oder Stress/Burnout, was 23 bzw. 22 Prozent als Problem der nächsten 20 Jahre ausmachen. In Sachen Klimawandel wird die Industrie von 80 Prozent sehr stark als verantwortlich wahrgenommen, gefolgt von „Wir alle“ (drei Viertel gaben dies an). Die Politik sehen dagegen nicht einmal zwei Drittel als verantwortlich.

Das Klimathema lässt von den Befragten jede Zweite bzw. jeden Zweiten Angst verspüren, aber auch Hilflosigkeit (43 Prozent), Unsicherheit (42 Prozent) und Traurigkeit (40 Prozent). Jeder Dritte bezeichnet sich gar als wütend. Je älter die Befragten, desto größer ist ihr Interesse am Thema Klimawandel.

Weniger Angst vor Terror

Einen besonders starken Rückgang im Vergleich zu 2017 gab es bei dem Gefühl, dass Terror eine Bedrohung darstellt – dies gaben nur 15 Prozent an, in der Befragung 2017 waren es noch 43 Prozent.

Corona wurde von fast sechs von zehn Befragten als Gefahr empfunden – auch hier mehr von Frauen (fast zwei Drittel) als Männern (54 Prozent). Junge Frauen fühlen sich von den sozialen Problemen, die durch die Corona-Krise entstanden, stärker betroffen. Mehr als ein Drittel aller Befragten (38 Prozent) geht im Übrigen davon aus, dass die Pandemie erst in einem oder zwei Jahren überwunden sein wird.

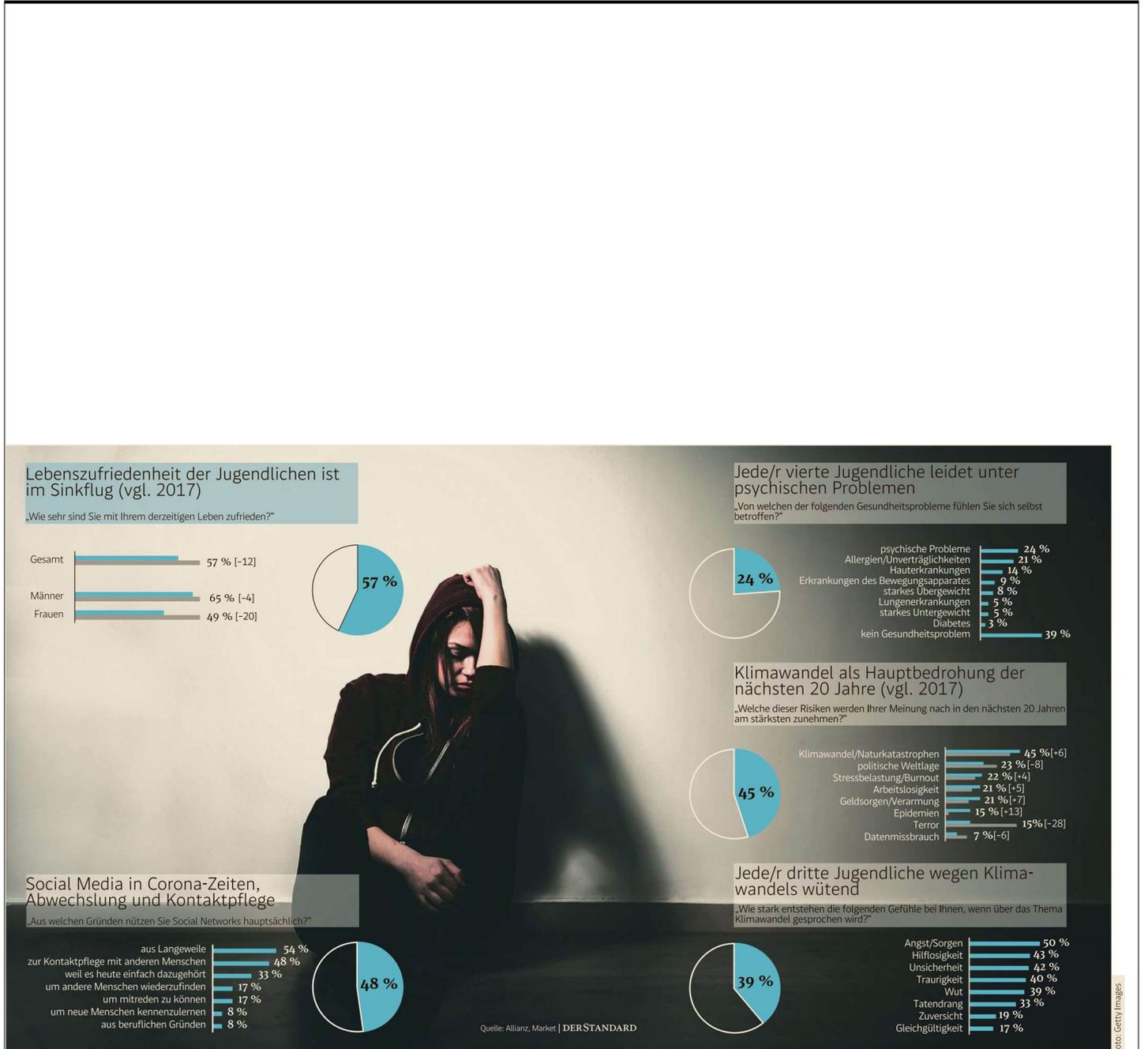
Während der Pandemie wurde auch die Nutzung sozialer Medien wichtiger, mehr als jede Zweite und jeder Zweite nutzt sie aus Langeweile, aber 48 Prozent insbesondere, um Kontakte zu anderen Menschen zu pflegen.

Aktivwerden gegen den Klimawandel spielt für junge Leute eine wachsende Rolle. Jeder Dritte fühlt

hier Tatendrang, 2017 war es noch rund ein Viertel gewesen. „Für die jungen Menschen ist das eigene Aktivwerden wichtig, um aus der Desorientierung herauszukommen“, sagt Anzinger. Nun müssten von der Gesellschaft alle Anstrengungen unternommen werden, um diesen Tatendrang zu unterstützen.

Thema: PHH Rechtsanwälte

Autor: Gudrun Springer



Thema: PHH Rechtsanwälte

Autor: Gudrun Springer

PHH
RECHTSANWÄLTE

Annäherungsversuche bei Ökostrom

Nach der türkis-grünen Einigung auf ein neues Gesetz im März steht ein Durchbruch noch immer aus. Damit das neue Förderregime für Wind- und Solarenergie in Kraft treten kann, braucht es die Zustimmung der SPÖ.

Günther Strobl

Genau 100 Tage ist es her, dass ÖVP und Grüne nach langem Tauziehen das Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) durch den Ministerrat gebracht und ans Parlament weitergeleitet haben. Kurz vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause kommt jetzt Hektik auf, eine Sitzung jagt die andere.

Mittendrin die SPÖ, auf deren Zustimmung die Regierung wegen der benötigten Zweidrittelmehrheit angewiesen ist. Donnerstagnachmittag wurde weiter verhandelt. Bis Dienstag bleibt Zeit. Dann soll das EAG im Wirtschaftsausschuss behandelt und spätestens am 9. Juli, dem letzten Plenumstag des Nationalrats vor der Sommerpause, beschlossen werden. Eine Woche später wäre der Bundesrat am Zug.

Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Regierung mit der Opposition einig wird, ist in den vergangenen Wochen gestiegen. Beide Seiten sprechen von „Annäherungen“. Wie groß sind die Unterschiede? Die SPÖ bekennt sich einerseits zum Ausbau erneuerbarer Energien und zum Regierungsziel, bis 2030 den Strombedarf in Österreich übers Jahr gesehen zu 100 Prozent aus Windkraft und Solaranlagen sowie anderen CO₂-freien Energiequellen zu decken. Der Hauptunterschied zu Türkis-Grün besteht darin, dass die SPÖ eine Deckelung der Ökostromkosten für Haushalte bei 100 Euro will.

Kosten einfangen

Durch den forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien, der durch entsprechende Förderungen befeuert werden soll, könnten die Kosten aus dem Ruder laufen, befürchten die Sozialdemokraten. Die Regierung sagt, dem sei nicht so. Tatsächlich hat sich Türkis-Grün darauf verständigt, pro Jahr rund eine Milliarde Euro für den Ausbau von Photovoltaik, Wind und anderen sauberen Energieformen bereitzustellen. Der Ökostromausbau wird in Österreich

aber nicht aus dem Budget finanziert, sondern über die Stromrechnung direkt von den Verbrauchern.

Dieses Mehr an Geld, das für den breitflächigen Ausbau erneuerbarer Energien ausgegeben werden soll, könnte die Kosten für einen Durchschnittshaushalt mit 3500 kWh Stromverbrauch im Jahr auf etwa 120 Euro treiben. Zusätzlich sollen 500 Millionen Euro für Wasserstoffinfrastruktur aufgebracht werden, allerdings gestreckt bis 2030. Auch dieses Geld muss irgendwo herkommen.

„Nicht von den ohnehin schon stark belasteten Haushalten“, sagen

SPÖ und Arbeiterkammer unisono. Zum Vergleich: Heuer zahlt ein Haushalt für Ökostrom knapp 100 Euro. Damit das so bleibe, soll der Finanzminister den Ökostromförderbeitrag von der Umsatzsteuer befreien, fordert die SPÖ.

Energiegemeinschaften

Menschen mit wenig Einkommen, die von der Fernseh- und Rundfunkgebühr (GIS) befreit sind, sollten laut SPÖ auch keine Ökostrompauschale zahlen müssen. Mit gutem Willen von beiden Seiten sollte eine Einigung möglich sein, sagten Experten dem STANDARD.

Am EAG hängt viel. Weil Planungssicherheit fehlt, werden derzeit so gut wie keine neuen Projekte realisiert. Auch die Bürger- und

Erneuerbaren Energiegemeinschaften hängen ohne gesetzliche Basis in der Luft. Erstmals sollen sich ja Privatpersonen, aber auch KMUs zusammenschließen können, um gemeinsam Strom zu produzieren und zu vergünstigten Konditionen zu konsumieren.

„Wir orten starkes Interesse für solche Energiegemeinschaften, aber auch große Unsicherheit“, sagt Dominik Kurzmann von PHH Rechtsanwälte. Als Treiber der Entwicklung könnten sich einzelne Gemeinden herauskristalisieren, die sich selbst an Erneuerbaren Energiege-

meinschaften beteiligen können. Kurzmann rät, Energiegemeinschaften nicht als Vereine, sondern als Genossenschaften aufzusetzen.

Landesenergieversorger, die anfangs auf der Bremsen standen, sehen nun eine Geschäftsmöglichkeit. Sie wollen Energiegemeinschaften Dienstleistungen anbieten, von der Abrechnung bis zu Smart Metering. Kurzmann rechnet mit starkem Wettbewerb. **Kommentar Seite 32**

Thema: PHH Rechtsanwälte

Autor: Gudrun Springer



Eine Windkraftanlage zu besteigen kann beschwerlich sein. Als nicht minder mühsam erweist sich das Energiegesetz.
Foto: APA / Roland Schlager

ERNEUERBARE ENERGIEN

Her mit dem Gesetz!

Günther Strobl

Es steht Spitz auf Knopf beim Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG). In den 100 Tagen, die seit Beschluss des neuen Förderregimes für Wind- und Solarstrom im Ministerrat vergangen sind, ist es zwar zu Annäherungen zwischen Regierung und Opposition gekommen, ein Durchbruch steht aber noch aus. Dabei brennt der Hut mehr denn je. Sichtbares Zeichen, dass die Erderwärmung unbarmherzig voranschreitet, ist die Hitzewelle, die uns dieser Tage heimsucht.

Dass sich die Hitze nicht per Gesetz stoppen lässt, ist klar. Der Umbau der Energieerzeugung von fossil auf erneuerbar kommt aber ohne gesetzliche Basis nicht in die Gänge, weil die Finanzierung daran hängt. Politiker quer durch die Parteien sind sich einig, dass der Temperaturanstieg nur über eine Verringerung der CO₂-Emissionen abgemildert werden kann. Dennoch ist das EAG noch immer nicht beschlossen.

Vordergründig geht es darum, wer die Zeche zahlt. Der Umbau des Energiesystems kostet Milliarden. Die SPÖ, die als größte Oppositionspartei die nötige Zweidrittelmehrheit im Parlament garantieren soll, will, dass Haushalte nicht mehr als 100 Euro Ökostromkosten pro Jahr tragen müssen. Eine Deckelung haben Türkis und Grün bisher abgelehnt.

Ein paar Tage bleiben noch Zeit, um das Gesetz vor der Sommerpause zu beschließen. Vernünftig wäre es. Die Kosten für jeden Haushalt wären nämlich um ein Vielfaches höher als die jetzt diskutierten 100 Euro, wenn nichts passieren würde.

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag